

A1 Stresstest Demokratie

Gremium: Landesvorstand, Sebastian Striegel (KV Saalekreis)
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur*innen, die einfachste Lösungen
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber
21 Politiker*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger*innen
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind*innen,
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind*innen
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch eine staatliche
77 Aufgabe werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist keine politische, sondern
80 zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende Anträge der
81 zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat müssen
82 auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges
87 Verbotsverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick auf verfassungs- und
92 parlamentsrechtliche Fragestellungen zu lenken, mit denen das Parlament seine
93 Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen kann, dass eine rechtsextreme
94 Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein Drittel der Mandate erringt. Wir
95 werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag dafür einsetzen, eine
96 konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen entgegenzutreten, die im
97 Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche Propaganda suchen.

98 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu
99 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten
100 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit
101 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und
102 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

103 Wer sich als Beamt*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt
104 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur
105 diejenigen zu Beamt*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung
106 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt*in
107 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen
108 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in
109 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten
110 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu
111 entfernen.

112 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
113 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als
114 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der
115 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische
116 Werte der Beamt*innen zu stärken und schaffen das Amt eines*einer unabhängigen
117 Polizeibeauftragten.

118 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat*innen in den
119 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind
120 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen
121 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen
122 Bürgermeister*innen und Landrät*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen
123 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die
124 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten stärken.

125 Wir wollen Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf
126 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.
127 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

128 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 129 **ausbauen**

130 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024
131 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als
132 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40
133 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

134 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz
135 für Bürger*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller
136 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu
137 gestalten, um die Information aller Bürger*innen zu ermöglichen. Anträge,
138 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle
139 Interessierten abrufbar sein.

140 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen
141 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote
142 wollen wir landesweit etablieren.

143 Niemand ist Einwohner*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss
144 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller
145 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger*innen ab 14 Jahren unabhängig von
146 der Staatsangehörigkeit.

147 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger*innenbegehren sowie
148 Bürger*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger*innenhaushalte
149 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger*innen auf die
150 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

151 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren
152 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

153 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue
154 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger*innen. Ein Instrument der
155 Bürger*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger*innenräte
156 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der
157 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder
158 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und
159 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der
160 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und
161 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

162 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

163 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter
164 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle
165 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

166 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im
167 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu
168 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für
169 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

170 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische
 171 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes
 172 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.
 173 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und
 174 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen
 175 wir ausbauen.

176 Wir stehen zum Landesnetzwerk Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage.

177 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
 178 zu erhalten.

179 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder
 180 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe
 181 aller Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

182 Soziale Politik, erst recht in schweren Zeiten

183 Um die Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu reduzieren und die
 184 Bevölkerung gerade in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen, ist eine soziale
 185 Politik, die alle Menschen mitdenkt und auch mitnimmt, ein effektives Mittel. Es
 186 wurde an einigen Stellen versäumt, auf die Sorgen der Menschen sozialgerechte
 187 Antworten zu liefern. Der Nährboden rechtsextremer Politik liegt nämlich in
 188 Teilen auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die multiplen Krisen der
 189 letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen
 190 Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum
 191 Erstarken rechtsextremer Bewegungen beigetragen. Uns allen sollte klar sein,
 192 dass gegen eine rechtsextreme Politik nur eine soziale Politik hilft, die sich
 193 für alle Menschen einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass man hier gegensteuert.
 194 Der Ausspruch „Antifaschismus heißt Wohlfahrtsstaat“ darf nicht länger nur eine
 195 lose Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik
 196 werden, die die Menschen in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

197 Deswegen wollen wir Wohnen endlich wieder bezahlbar machen und sozialen
 198 Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt fördern, den ÖPNV flächendeckend ausbauen und für
 199 alle Menschen zugänglich und bezahlbar machen, sichere Job als Statusgarantie
 200 schaffen, denn es ist nicht hinnehmbar, sich von einer Befristung zur nächsten
 201 hangeln zu müssen und die Investitionen ins Gemeinwohl erhöhen, damit der
 202 gesellschaftliche Zusammenhalt nachhaltig gestärkt wird.

203 Soziale Politik, erst recht in schweren Zeiten Um die Politikverdrossenheit in
 204 der Gesellschaft zu reduzieren und die Bevölkerung gerade in Zeiten multipler
 205 Krisen zu unterstützen, ist eine soziale Politik, die alle Menschen mitdenkt und
 206 auch mitnimmt, ein effektives Mittel. Es wurde an einigen Stellen versäumt, auf
 207 die Sorgen der Menschen sozialgerechte Antworten zu liefern. Der Nährboden
 208 rechtsextremer Politik liegt nämlich in Teilen auch in der Unzufriedenheit der
 209 Gesellschaft. Die multiplen Krisen der letzten Jahre, sei es die Inflation,
 210 Kriege, die mit großen Flüchtlingsbewegungen einhergingen oder die Energiekrise,
 211 begünstigen rechtsextreme Bewegungen. Uns allen sollte klar sein, dass gegen
 212 dieses Erstarken nur eine soziale Politik hilft, die sich für alle Menschen
 213 einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass die Politik hier gegensteuert. Der
 214 Ausspruch „Antifaschismus heißt Wohlfahrtsstaat“ darf nicht länger nur eine lose
 215 Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik werden,

216 die die Menschen in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.
217 Deswegen wollen wir zielgerichtet sozialen Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt besser
218 fördern und Wohnen für alle weiter bezahlbar halten, insbesondere in Quartieren,
219 in denen schon jetzt die Höhe der Mietpreise nicht mehr für alle leistbar ist.

220 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im** 221 **Kleinen und vor der eigenen Haustür**

222 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
223 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven
224 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das
225 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungängste und sind die beste Prävention
226 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im
227 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem
228 gemeinsamen Fundament.

229 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und
230 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:
231 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes
232 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden
233 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen
234 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und
235 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus
236 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und
237 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus
238 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und
239 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die
240 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

241 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit
242 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger*inneninitiativen und lose
243 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und
244 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.

Beschluss Stresstest Demokratie

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur*innen, die einfachste Lösungen
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber
21 Politiker*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger*innen
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind*innen,
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind*innen
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch eine staatliche
77 Aufgabe werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist keine politische, sondern
80 zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende Anträge der
81 zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat müssen
82 auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges
87 Verbotsverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick auf verfassungs- und
92 parlamentsrechtliche Fragestellungen zu lenken, mit denen das Parlament seine
93 Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen kann, dass eine rechtsextreme
94 Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein Drittel der Mandate erringt. Wir
95 werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag dafür einsetzen, eine
96 konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen entgegenzutreten, die im
97 Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche Propaganda suchen.

98 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu
99 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten
100 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit
101 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und
102 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

103 Wer sich als Beamt*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt
104 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur
105 diejenigen zu Beamt*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung
106 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt*in
107 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen
108 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in
109 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten
110 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu
111 entfernen.

112 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
113 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als
114 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der
115 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische
116 Werte der Beamt*innen zu stärken und schaffen das Amt eines*einer unabhängigen
117 Polizeibeauftragten.

118 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat*innen in den
119 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind
120 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen
121 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen
122 Bürgermeister*innen und Landrät*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen
123 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die
124 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten stärken.

125 Wir wollen Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf
126 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.
127 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

128 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 129 **ausbauen**

130 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024
131 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als
132 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40
133 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

134 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz
135 für Bürger*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller
136 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu
137 gestalten, um die Information aller Bürger*innen zu ermöglichen. Anträge,
138 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle
139 Interessierten abrufbar sein.

140 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen
141 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote
142 wollen wir landesweit etablieren.

143 Niemand ist Einwohner*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss
144 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller
145 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger*innen ab 14 Jahren unabhängig von
146 der Staatsangehörigkeit.

147 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger*innenbegehren sowie
148 Bürger*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger*innenhaushalte
149 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger*innen auf die
150 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

151 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren
152 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

153 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue
154 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger*innen. Ein Instrument der
155 Bürger*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger*innenräte
156 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der
157 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder
158 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und
159 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der
160 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und
161 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

162 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

163 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter
164 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle
165 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

166 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im
167 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu
168 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für
169 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

170 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische
171 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes
172 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.
173 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und
174 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen
175 wir ausbauen.

176 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
177 zu erhalten.

178 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder
179 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe
180 aller Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

181 Demokratie braucht Demokratiebildung von Anfang an. „Früh übt sich“, das gilt
182 auch für die Demokratie. Denn Demokrat*in sein, muss gelernt werden. Unsere
183 Schulen sind zentrale Orte in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Damit
184 Schüler*innen ein demokratisches Bewusstsein entwickeln können, muss Demokratie
185 auch im Schulalltag gelebt werden.

186 Wir fordern, dass die Demokratiebildung in sachsen-anhaltischen Schulen gestärkt
187 wird. Dazu ist ein gut aufgestellter Sozialkundeunterricht von zentraler
188 Bedeutung, der das theoretische Wissen über unser demokratisches System
189 vermittelt und Demokratieerfahrungen produziert. Doch auch außerhalb des
190 Sozialkundeunterrichts ist die Vermittlung von demokratischen Werten in der
191 Schule von zentraler Bedeutung.

192 Denn das Erleben von aktiver Teilhabe ist essenziell, um ein
193 Demokratieverständnis bei Schüler*innen aufzubauen. Beteiligung kann bei
194 Unterrichtsgestaltung beginnen. Wenn Lehrpläne entsprechend angepasst werden,
195 können Schüler*innen sich aktiver einbringen und das Lehren und Lernen
196 kooperativ mitgestalten.

197 Wir fordern im Schulgesetz des Landes mehr Partizipation für Schüler*innen an
198 Schulen zu ermöglichen. Die Einführung der Drittel-Parität in der Schulkonferenz
199 ist dabei zentral, es muss aber auch die Mitarbeit von nicht gewählten
200 Schüler*innen in der Schülerversretung gesetzlich ermöglicht werden. Beteiligung
201 heißt auch Augenhöhe: wenn Schulleitungen Anträge der Schülerversretung
202 ablehnen, soll dies zukünftig schriftlich begründet werden müssen.

203 Zu einer guten Demokratiebildung an Schulen gehört auch die Auseinandersetzung
204 mit den Themen Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Deswegen fordern wir,
205 dass diese früher als erst in der 9. Klasse altersgerecht im
206 Geschichtsunterricht vermittelt werden. Dabei sollte insbesondere Wert darauf
207 gelegt werden, dass die Verfolgung der Juden und der Holocaust thematisiert
208 werden, aber auch alle anderen Opfer des Nazi-Regimes. Der Besuch
209 außerschulischer Lernorte, die sich mit dem Gedenken an die Opfer der
210 nationalsozialistischen Diktatur auseinandersetzen, soll in den Rahmenlehrplänen
211 für den Geschichtsunterricht verankert werden.

212 Wir setzen uns dafür ein, das Schulnetzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit
213 Courage in Sachsen-Anhalt zu stärken. Dabei soll dieses personell und finanziell
214 besser ausgestattet werden.

215 **Beteiligung für alle zugänglich machen**

216 Noch immer hängt die Inanspruchnahme verschiedenster Beteiligungsformen
217 maßgeblich mit Milieuzugehörigkeit und Größe des Geldbeutels zusammen.
218 Entsprechend ist anzuerkennen, dass es mehr braucht als neue Beteiligungsformen
219 und die Stärkung etablierter Akteur*innen, um gesellschaftliche Teilhabe für
220 alle zu ermöglichen und die Menschen wieder zusammen zu bringen.

221 Staatliche Akteur*innen müssen gesellschaftlich benachteiligte Bürger*innen und
222 marginalisierte Gruppen in besonderem Maße durch den Abbau von Barrieren und
223 gezielte Aufklärung über Möglichkeiten der Teilhabe proaktiv zur Wahrnehmung von
224 Beteiligungsmöglichkeiten befähigen.
225 Programme zur politischen Bildung müssen schwerpunktmäßig dort gestärkt werden,
226 wo Beteiligung aktuell gering ausfällt.

227 Außerdem braucht es gerade bei der Integration von Migrant*innen, die einen
228 festen und unverzichtbaren Bestandteil in unserer Gesellschaft darstellen,
229 gesteigerte Anstrengungen von Land und Kommunen, um Sprachbarrieren abzubauen
230 sowie nötiges Know-how zu vermitteln.

231 **Soziale Politik, erst recht in schweren Zeiten**

232 Um die Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu reduzieren und die
233 Bevölkerung gerade in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen, ist eine soziale
234 Politik, die alle Menschen mitdenkt und auch mitnimmt, ein effektives Mittel. Es
235 wurde an einigen Stellen versäumt, auf die Sorgen der Menschen sozialgerechte
236 Antworten zu liefern. Der Nährboden rechtsextremer Politik liegt nämlich in
237 Teilen auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die multiplen Krisen der
238 letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen
239 Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum
240 Erstarken rechtsextremer Bewegungen beigetragen. Uns allen sollte klar sein,
241 dass gegen eine rechtsextreme Politik nur eine soziale Politik hilft, die sich
242 für alle Menschen einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass man hier gegensteuert.
243 Der Ausspruch „Antifaschismus heißt Wohlfahrtsstaat“ darf nicht länger nur eine
244 lose Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik
245 werden, die die Menschen in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

246 Deswegen wollen wir zielgerichtet sozialen Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt besser
247 fördern und Wohnen für alle weiter bezahlbar halten, insbesondere in Quartieren
248 in denen schon jetzt die Höhe der Mietpreise nicht mehr für alle leistbar sind.

249 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im 250 Kleinen und vor der eigenen Haustür**

251 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
252 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven
253 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das
254 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungängste und sind die beste Prävention
255 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im
256 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem
257 gemeinsamen Fundament.

258 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und
259 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:
260 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes
261 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden
262 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen
263 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und
264 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus
265 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und
266 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus
267 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und
268 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die
269 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

270 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit
271 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger*inneninitiativen und lose
272 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und
273 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.

Beschluss Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten!

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten ist essentiell, da
2 landwirtschaftliche Erzeugnisse unsere Versorgungsgrundlage bilden und durch die
3 Art der Bewirtschaftung die Kulturlandschaft maßgeblich gestaltet wird.
4 Verschiedene landwirtschaftliche Praktiken, die flächendeckend beim Anbau von
5 Kulturpflanzen genutzt werden, führen jedoch zu folgenschweren Problemen,
6 gefährden die Zukunft der Ökosysteme (auch Agrarökosysteme) und tragen zum
7 Klimawandel bei. Der Einsatz von Pestiziden, der Anbau von Monokulturen und
8 Überdüngung gelten als Hauptursachen für das Insektensterben, den generellen
9 Verlust der Biodiversität sowie die damit einhergehende Zerstörung von
10 Ökosystemen.
- 11 Gleichzeitig ist die Landwirtschaft verstärkt mit den Folgen des Klimawandels
12 konfrontiert. Das sich verändernde Klima führt zu Dürren, Hitzewellen sowie
13 Starkregen. Das bedeutet oft schwerwiegende Ernteauffälle, die unsere
14 Versorgungsgrundlage gefährden und BäuerInnen in Existenzängste führen.
- 15 Die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten bedeutet vor allem, die Grundlagen
16 der landwirtschaftlichen Erzeugung zu schonen. Im Besonderen die
17 landwirtschaftlichen Böden müssen mit ihren vielfältigen Funktionen im Fokus
18 stehen. Zum Erreichen der Ziele für eine nachhaltige zukunftsfähige
19 Landwirtschaft gilt es neue innovative Anbauformen zu etablieren, bereits
20 vorhandene und etablierte Technologien verstärkt zu nutzen und mehr in
21 Agrarforschung zu investieren. Eine nachhaltige Bewirtschaftung der
22 landwirtschaftlichen Nutzflächen ist essentiell, um die Landwirtschaft
23 nachhaltiger zu gestalten, Böden zu schützen und auch die bereits auftretenden
24 Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Es gibt noch deutlichen Handlungsbedarf.
25 Deswegen braucht es schnelle, wirksame und weitreichende Maßnahmen, die die
26 Landwirtschaft nachhaltig und damit zukunftsfähig gestalten.
- 27 Neben bereits praktizierten nachhaltigen Bewirtschaftungsmethoden, wie an erster
28 Stelle dem ökologischen Landbau, aber auch den Ansätzen der Agrarökologie sollte
29 bei der Transformation der Landwirtschaft unter anderem über die Chancen und
30 Risiken gentechnisch veränderte Kulturpflanzen, die hitzetoleranter und weniger
31 anfällig für Schädlinge sein können, offen diskutiert werden. Ein Beispiel
32 hierfür ist z.B. eine Maissorte, die so gentechnisch verändert wurde, dass sie
33 einen natürlichen Stoff nachbildet, der toxisch gegenüber bestimmten
34 Pflanzenschädlingen wirkt.
- 35 In zahlreichen Studien wurde bereits von Wissenschaftler*innen gezeigt, dass der
36 gentechnisch veränderte Mais wohl möglich weder eine Gefahr für die Umwelt noch
37 eine Gefahr für Menschen darstellt. Der Mais kann aufgrund der gentechnischen
38 Veränderungen ohne den Einsatz von Pestiziden, die der Umwelt schaden und z.B.
39 zu Insektensterben führen, angebaut werden und kann so eine nachhaltige
40 Alternative zu herkömmlichen Maissorten bieten. Andere gentechnisch veränderte

41 Pflanzen, die z.B. resistenter gegenüber Hitze, Trockenheit oder bestimmten
42 Schädlingen sind, existieren ebenfalls bereits.

43 Es muss auf diesem Gebiet noch weiter geforscht werden, um ggf. noch mehr
44 Pflanzen zu erhalten, die in einer 1,5 Grad-Welt bestehen können. Die
45 Patentfragen für gentechnisch verändertes Saatgut müssen juristisch aufgearbeitet
46 und angepasst werden, um umfassende Konzentrationsprozesse bei einigen wenigen
47 transnationalen Agrochemiekonzernen zu verhindern und die landwirtschaftlichen
48 Betriebe nicht schutzlos einigen wenigen Konzernen auszusetzen und
49 schwerwiegende Abhängigkeiten zu schaffen.

50 Deshalb fordern wir:

51 Bessere Finanzierung der Forschung an Kulturpflanzen

52 Es benötigt höhere Forschungsgelder, um weitere Fortschritte in der grünen
53 Gentechnik zu erreichen und somit Pflanzen zu erzeugen, die besser mit den
54 Folgen des Klimawandels klarkommen und sich nachhaltiger anbauen lassen.

55 Mehr Wissenschaftlichkeit und eine faktenbasierte Debatte

56 Die Debatte rund um Gentechnik muss endlich wieder faktenbasiert und
57 wissenschaftlich geführt werden. Gentechnik kann einen sehr wichtigen Beitrag zu
58 zukunftsfähiger Landwirtschaft darstellen, wird aber dennoch teilweise auf eine
59 nicht wissenschaftliche Weise verteufelt. Aus diesem Grund braucht es eine
60 verstärkte wissenschaftliche Aufklärung zum Thema Gentechnik. Die Chancen der
61 Gentechnik müssen endlich von politischen AkteurlInnen anerkannt werden, aber
62 auch die Risiken müssen offengelegt werden. Dafür müssen wir uns als
63 Bündnisgrüne einsetzen.

64
65 Keine Patente auf Leben, einschließlich Kulturpflanzen

Begründung

erfolgt mündlich

Beschluss Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Mit den Beschlüssen des deutschen Bundestages und des Bundesrates haben die
2 Länder im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nun zusätzlich zu bestehenden
3 Wegen die Möglichkeit, Leistungen für Asylsuchende nun auch per Bezahlkarte
4 auszureichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht die derzeitigen Debatten um die
5 Ausgestaltung dieser Maßnahme durch Länder und Kommunen kritisch.

6 Die Einführung der Bezahlkarte birgt die Gefahr, dass die gesellschaftliche
7 Integration und Teilhabe durch Asylsuchende erschwert oder eingeschränkt wird.
8 Hier bleiben wir mit Blick auf die Ausgestaltung der Bezahlkarte in den Kommunen
9 aufmerksam. Neben offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch eine
10 mögliche Erkennbarkeit der Karte und den sozialen Hemnissen, die damit
11 einhergehen, betrifft dies bspw. auch Kinder und ihre Bedarfe in hohem Maße.

12 Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass ein Teil
13 der Summe als Bargelddbetrag abgehoben werden könne, wenn bspw. eine
14 Kartenzahlung nicht möglich ist. Dennoch ist es höchst fragwürdig, inwieweit
15 diese Geldbeträge ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene
16 Geflüchtete 50 € und Kinder 10 € im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch
17 nicht möglich. Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die
18 Einkäufe der Nutzer*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, an welchen Orten
19 eingekauft werden darf, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.

20 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,
21 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit
22 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der
23 Karte führen zu einer zusätzlichen Belastung. Außerdem sollen Kommunen
24 ermitteln, welche Bargelddbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig wären. Das
25 stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner Relation zum
26 scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.

27 Darüber hinaus wird von einigen Akteur*innen gehofft, dass die Bezahlkarte
28 Deutschland für Asylsuchende unattraktiver macht. Allerdings fliehen
29 Asylsuchende nicht wegen der vermeintlich attraktiven Bedingungen nach
30 Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern.

31
32 Die zuletzt auch durch einzelne CDU-Vertreter*innen vorgestellte Idee, solche
33 Karten als Erfolgssystem zu betrachten und bspw. auf Bürgergeldempfänger*innen
34 auszuweiten, ist nicht nur Ausdruck von zusätzlicher Gängelei, sondern auch
35 potentiell verfassungswidrig.

36
37 Mit der jüngsten Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes steht neben
38 Bezahlkarte und Geldleistung gleichrangig das Sachleistungsprinzip.
39 Sachleistungen diskriminieren Geflüchtete im Zeitraum des Grundleistungsbezuges
40 (36 Monate) und sind nicht mit unserer Vorstellung humanitärer Migrationspolitik

41 und einer Willkommenskultur vereinbar. Daneben stellt die Sachleistungsgewährung
42 Kommunen vor weitere logistische und finanzielle Herausforderungen. Die quasi-
43 Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips ist ein diskriminierender
44 Rückschritt, ein großes Teilhabehemmnis und ein Einfallstor für autoritär-
45 populistische Kräfte, welche damit über Fresspakete und Wertgutscheine ihre
46 Vorstellung abschreckender, diskriminierender Asylpolitik umsetzen können.

47 Angesichts dieser Gefahren bestärken wir alle bündnisgrünen
48 Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt sowie die bündnisgrüne
49 Landtagsfraktion, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete
50 auszusprechen, wenn diese grundsätzliche Freiheiten von Asylsuchenden bei der
51 Nutzung der ihnen zustehenden Mittel einschränkt. Die SocialCard der Stadt
52 Hannover zeigt ein Beispiel, wie stattdessen eine diskriminierungsfreie Nutzung
53 der Bezahlkarte ausgestaltet werden kann. Daran wollen wir uns politisch
54 orientieren. Stattdessen soll der Zugang zu Girokonten in den Fokus gerückt
55 werden, um größtmögliche Teilhabe zu gewährleisten und die Autonomie
56 Geflüchteter zu stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

A4 Einführung eines Feiertags "Tag des Grundgesetzes"

Antragsteller*in: Antje Schulz (KV Wittenberg), Lysann Papenroth (KV Anhalt-Bitterfeld)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die Einführung eines neuen
- 2 landesweiten Feiertags: Der Tag des Grundgesetzes. Dieser wird jährlich an dem
- 3 Tag begangen, an dem das deutsche Grundgesetz erlassen wurde, am 23. Mai.
- 4 Zugleich fordern wir Bündnisgrüne die Streichung des am 6. Januar begangenen
- 5 Feiertags Heilige Drei Könige aus dem Feiertagsgesetz Sachsen-Anhalts.

Begründung

Warum ein Tag des Grundgesetzes?

Das deutsche Grundgesetz ist ein humanistisches und juristisches Meisterwerk. Inmitten von Trümmern und einer Gesellschaft, die für das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte verantwortlich war, verkündete der Parlamentarische Rat am 23. Mai 1949 die lediglich als Provisorium angedachte Verfassung der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Trotz oder gerade wegen seines provisorischen Charakters zeichnet es sich aus durch Konzentration auf das Wesentliche, Besonnenheit, sprachliche Präzision und Weitblick.

Hinter diesem Meisterwerk steckt auch eine Meister:innenleistung. Mit unbeirrbarer Klarheit haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes die bis heute tragenden Säulen unseres Landes deklariert: Demokratie, Rechtsstaat, Republik, Sozialstaat, Bundesstaat. Und aus den Erfahrungen des nationalsozialistischen Unrechtsstaates haben sie den Katalog der Grundrechte als echte Rechte der Menschen gegen den Staat formuliert, an deren Spitze unumstößlich und unabwägbar die Menschenwürde steht.

Dafür können wir dankbar sein - dankbar, seit dem 23. Mai 1949 in einer Gesellschaft zu leben, die sich diese Prinzipien und Werte gegeben hat, welche uns in unserer Vielfalt einen und hinter denen wir uns geschlossen versammeln können. Es bedarf der Einführung eines gesetzlichen Feiertags „Tag des Grundgesetzes“, um an diese Meister:innenleistung regelmäßig zu erinnern und der Gesellschaft einen Raum zur Reflexion und Diskussion zu geben. Wenn ein Tag für alle Menschen in Deutschland gemeinsam Anlass bietet zu feiern, dann der, der uns als Gesellschaft eint und zusammenhält. Der Tag des Grundgesetzes soll ein Feiertag in jeder Hinsicht sein.

Die Demonstrationen der letzten Monate überall im Land haben gezeigt, dass der Wille der Gesellschaft da und stark ist, diese Werte hochzuhalten und sie zu verteidigen. Ein Tag des Grundgesetzes ist eine gute Möglichkeit, alle Verfechter:innen der Demokratie und unserer Verfassung in diesem Bestreben zu unterstützen

Warum zugleich Streichung eines anderen Feiertags?

Die Bundesländer haben (ohne Feiertage mitzuzählen, die immer auf einen Sonntag fallen, aber inklusive des bundeseinheitlichen Tags der Deutschen Einheit) zwischen 10 und 13 Feiertagen, wovon die meisten Bundesländer (13) 10-11 Feiertage haben. Lediglich die Bundesländer Baden-Württemberg, Saarland und Bayern haben 12 bzw. 13 Feiertage. Sachsen-Anhalt liegt mit 11 Feiertagen damit sowohl im Durchschnitt als auch im Median.

Ein zusätzlicher (zwölfter) Feiertag würde ein Ungleichgewicht vor allem zu den anderen ostdeutschen Bundesländern sowie dem an Sachsen-Anhalt grenzenden Niedersachsen schaffen, da diese allesamt 10 oder 11 Feiertage haben. Außerdem greift an Feiertagen das grundsätzliche Beschäftigungsverbot bei gleichzeitiger Pflicht zur Lohnfortzahlung, welche für die Wirtschaft mit finanziellen Einbußen einhergehen würde.

Warum Streichung Heilige Drei Könige?

Die meisten Feiertage in Sachsen-Anhalt haben einen christlichen Anlass; so auch Heilige Drei Könige als Feier der „drei Wunder“ der Erscheinung des Herrn, der Taufe Jesu und der Hochzeit zu Kana. In Deutschland sinkt jedoch das Bekenntnis zum Christentum von Jahr zu Jahr. Nur 50% der in Deutschland lebenden Menschen bezeichnen sich selbst als Christ:innen. Noch eindrücklicher sind die Zahlen für Sachsen-Anhalt: Hier sind etwa 80% der Bürger:innen konfessionslos, lediglich 11% evangelisch und 3% römisch-katholisch - Tendenz weiter fallend. Deshalb verblasst die religiöse Sinnggebung dieser Feiertage mehr und mehr, sodass die Erholung sowie das Miteinander an diesen Tagen deutlich im Vordergrund stehen. Vor dem Hintergrund abnehmender weltanschaulicher Homogenität und dem staatlichen Neutralitätsgebot sollten Feiertage nicht von einem Bekenntnis einer bestimmten religiösen Minderheit abhängen, sondern integrativ wirken und sinnstiftend sein.

Auch die Bräuche, die um Heilige Drei Könige entstanden sind, haben sich im Gegensatz zu anderen ursprünglich christlichen Feiertagen (bspw. Ostern, Weihnachten, Christi Himmelfahrt) nicht über die christliche Gemeinschaft hinaus in der pluralistischen Gesellschaft etabliert. Die Weihe des Dreikönigswassers, das Sternsingen und die mit Kreide gezeichnete Segensbitte sind weiterhin exklusiv christlich motivierte Traditionen mit ausschließlich religiöser Botschaft. Darüber hinaus ist insbesondere das Sternsingen ein Brauch, der auch an anderen Tagen um den 6. Januar herum begangen wird. Eine Beibehaltung des Feiertags kommt also auch nicht wegen gesellschaftlich anerkannten Brauchtums in Frage.

Heilige Drei Könige hat auch keine tief im sachsen-anhaltischen Gesellschaftsgedächtnis verwurzelte Geschichte. Weder in der DDR noch zuvor war der 6. Januar ein Feiertag. Er wurde 1991 eingeführt. Durch die Streichung der Heiligen Drei Könige kommt es auch nicht zu Störungen der Produktions- und Lieferketten bei bundeslandübergreifendem Warenverkehr, denn Heilige Drei Könige ist lediglich in zwei weiteren Bundesländern Feiertag: in Bayern und Baden-Württemberg.

Beschluss Landschaftspflegehöfe braucht das Land ! - Umwelt- und Naturschutz in der Fläche stärken

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Wir GRÜNE Sachsen-Anhalt fordern den Aufbau von Landschaftspflegehöfen in 11
- 2 Landkreisen. (Die drei kreisfreien Städte Magdeburg, Dessau und Halle werden den
- 3 sie umgebenden Landkreisen in der Zuständigkeit zugeordnet)
- 4 Die Landschaftspflegehöfe werden aus Landesmitteln mit jeweils jährlich 250.000€
- 5 finanziert die im Naturschutzetat des zuständigen Ministerium fortführend
- 6 verankert sind. Die Landschaftspflegehöfe können durch Landschaftspflegeverbände
- 7 oder vergleichbare Einrichtungen gebildet werden.
- 8 Zur weiteren Stärkung des Naturschutzes in Sachsen-Anhalt wollen wir GRÜNE
- 9 Sachsen-Anhalt die Gründung einer Naturschutzakademie vorantreiben.
- 10 Mit beiden Forderungen wollen wir GRÜNE Sachsen-Anhalt den Naturschutz vor Ort
- 11 stärken und dessen Wirksamkeit in der Fläche erhöhen.

Begründung

Tiere und Pflanzen verlieren weltweit und eben auch in Sachsen-Anhalt immer mehr ihre Lebensräume. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits haben die klimatischen Veränderungen tiefgreifend Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensräume, andererseits verstärkt sich die Flächenkonkurrenz durch weiterhin steigende Versiegelung, Zerschneidung der Landschaft durch Wegetrassen. Auch die Flächeninanspruchnahmen durch Photovoltaik- und Windkraftanlagen verstärkt diesen Druck. Der Verlust an Lebensräumen zieht ein Artensterben mit bisher ungeahnter Geschwindigkeit nach sich und bedroht massiv unsere Ökosysteme.

In den letzten Jahren ist der Umwelt- und Naturschutz stark unter Druck geraten. Auch dafür sind mehrere Gründe als Ursache zu benennen. Mit der Energiekrise, steigender Inflation und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde die sogenannte Zeitenwende eingeläutet. In Folge dessen gerieten Umwelt- und Naturschutzbelange in den Hintergrund. Zusätzlich wurde der Druck verstärkt durch die einseitige Diskussion zu Planungsbeschleunigungen die einzig und allein den Abbau von Umweltstandards im Blick hatte.

Doch Innovation, Weiterentwicklung, Ernährungssicherheit und eine erfolgreiche Wirtschaft sind ohne eine intakte Natur nicht möglich. Eine intakte Natur sorgt für die Stabilität unseres Wohlstandes.

Es gilt jetzt die Weichen neu zu stellen. Umwelt- und Naturschutz muss raus der Nische und rein in die Offensive, raus aus der Verteidigungshaltung rein ins Gestalten.

Es braucht in Zusammendenken von Artenschutz und Klimaschutz. Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Natürliche CO₂ Senken wie Moore, Wälder und Ozeane werden durch Naturschutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen erhalten und gestärkt. Den Verlust und unwiederbringlichen Umbau dieser Lebensräume verhindern wir mit Klimaschutz. Wir GRÜNE Sachsen-Anhalt verfolgen mit unserer Politik Lösungen die beides - Artenschutz und Klimaschutz - in den Blick nehmen. Deswegen fordern wir GRÜNE Sachsen-Anhalt ein Klimaschutzgesetz und eine Naturschutzstrategie für Sachsen-Anhalt.

Wir GRÜNE Sachsen-Anhalt bekennen uns zu Bündnissen mit den bestehenden Umweltverbänden und wollen auch mit neuen Akteur*innen gemeinsam agieren. Zusammen wollen wir das aktuelle Naturschutzmanagement strukturell neu organisieren und für die wachsenden Anforderungen vorbereiten.

Unterstützer*innen

Thea-Helene Gieroska (KV Magdeburg)

Beschluss In die Zukunft zu investieren zahlt sich aus – Schuldenbremse zukunftsfähig reformieren

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Um die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen zu sichern, müssen wir die
2 anstehenden multiplen Krisen lösen. Für die wichtigste Transformation unserer
3 Zeit, hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, muss der Staat
4 die nötige Handlungsfähigkeit besitzen. Soweit die aktuellen Regelungen der
5 Schuldenbremse notwendige Investitionen in Klimaschutz und Strukturwandel
6 verhindern, sind sie zu reformieren.

7 Drängende Herausforderungen und Krisensituationen, die zu groß für den
8 allgemeinen Haushalt sind, deren Lösung aber die nachfolgenden Generationen
9 unmittelbar betrifft, müssen trotzdem heute gelöst werden. Eine Reform der
10 Schuldenbremse muss nötige Zukunftsinvestitionen bspw. durch
11 Investitionsfördergesellschaften ermöglichen und Übergangsregelungen nach
12 Notlagen verfassungsgemäß beinhalten. Gleichzeitig muss eine solche Reform auch
13 weiterhin verhindern, dass regulär laufende Kosten auf die zukünftige Generation
14 verlagert werden. Ein Festhalten an den starren Regelungen der Schuldenbremse
15 wäre eine massive Belastung für künftige Generationen und führt zu kaum zu
16 beziffernden Folgekosten für künftige Haushalte.

17 Klar definierte Investitionen bspw. in Klimaschutz, grüne Mobilität und
18 nachhaltige Zukunftstechnologien oder Bildung, müssen künftig auch über Kredite
19 finanziert werden können. Dazu bedarf es eines Mechanismus, der die
20 Haushaltsslage und insbesondere Infrastrukturschulden transparent macht. Wer hier
21 kurz- und mittelfristig nicht investiert, nimmt zusätzliche Abhängigkeiten und
22 Folgekosten in Kauf. Wir brauchen daher klare Regeln zur Ausgestaltung einer
23 modernen und zeitgemäßen Schuldenbremse für handlungsfähige Länder und den Bund.
24 Diese Regeln sollen auch weiterhin die Begrenzung von Staatsschulden umfassen,
25 denn ein Übermaß an Verschuldung begrenzt die Möglichkeiten zukünftiger
26 Generationen, eigene Entscheidungen zu treffen.

Begründung

Es gibt Herausforderungen, die in ihrer Dimension aber auch Bedeutung für kommende Generationen über die derzeitige Leistungsfähigkeit von Ländern und Bund hinaus gehen. Diese Bedarfe sind kritisch zu analysieren, um klare Regeln für die Finanzierung ihrer Bewältigung gemeinsam aufzustellen. Zukunftsinvestitionen müssen möglich sein, ohne dass die Haushalte aus dem Ruder laufen.

Auch Stimmen aus der Volks- und Wirtschaftswissenschaft und Institutionen wie der Bundesbank sprechen sich für Reformen der Schuldenbremse aus, um die Leistungsfähigkeit unseres Landes zukünftig zu gewährleisten. Der komplexen Debatte zu deren Ausgestaltung wollen wir uns stellen.

Insbesondere CDU und FDP sind gefordert den Reformbedarf anzuerkennen und ihrem eigenen Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt zu folgen, der wiederholt eine flexible Schuldenbremse gefordert hat. Genau jetzt wäre der Zeitpunkt darüber zu diskutieren, wie wir das Ziel umsetzen: „für sehr wichtige Zukunftsinvestitionen in Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft müssen

verfassungskonforme Möglichkeiten gefunden werden, diese zu realisieren.“¹ Dabei hilft es überhaupt nicht die Position zwischen Bund und Land je nach Bedarf und Talkshow zu wechseln.

¹<https://www.stern.de/politik/schuldenbremse--berlins-buergermeister-kai-wegner-bekommt-unterstuetzung-aus-dem-osten-34228860.html>

Beschluss Ernsthafte Bemühung

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Landesverband BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus,
2 den Klimaschutz zu stärken und in Sektoren mit hohen Emissionen neue
3 Anstrengungen zu unternehmen, um unser Klima zu bewahren.

4 Klimaschutz bleibt wichtig

5 Der April begann mit außergewöhnlich hohen Temperaturen. Der Deutsche
6 Wetterdienst stellte fest, dass viele Messstationen neue Höchstwerte für die
7 ersten Tage des Aprils gemessen hatten. Dieser ungewöhnlich warme April folgt
8 auf den wärmsten März, dem der wärmste Februar vorausging. Schon das Jahr 2023
9 stellte einen Rekord für die höchste Durchschnittstemperatur in Deutschland seit
10 1881 auf und toppte damit den vorherigen Rekord aus dem Jahr 2022. Daraus ergibt
11 sich ein Bild, in dem Deutschland in den vergangenen Jahren immer schneller
12 immer höhere Temperaturen erfährt.

13 Nach seriösen wissenschaftlichen Prognosen müssen wir uns auf die weitere
14 Erwärmung unserer Umwelt einstellen. So bedeuten schon moderate Szenarios, in
15 denen die Emissionen erst ab Mitte des Jahrhunderts sinken, dass sich die Erde
16 am Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad erwärmt hätte. Das entspricht grob dem
17 Zeitplan, den sich die Länder aus dem Pariser Klimaabkommen gesetzt hatten. Doch
18 jedes Zehntel Grad Erwärmung erhöht die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterlagen
19 dramatisch. Das zeigt: wenn wir nicht ganz entschlossen umsteuern, werden wir
20 uns an außergewöhnliches Wetter bis hin zu häufig auftretenden Naturkatastrophen
21 gewöhnen müssen.

22 Zur Vermeidung solcher Szenarien hatte die alte Bundesregierung ein
23 Klimaschutzgesetz verabschiedet und nach einem Urteil des
24 Bundesverfassungsgerichts verschärft. Dieses Gesetz erkennt die Bedeutung von
25 wirksamen Klimaschutz und verpflichtet die Regierung zu strengen
26 Jahresemissionszielen. So, wie es Mensch und Natur auf dieser Erde verdient
27 haben.

28 Gegenwärtige Umsetzung

29 Auch die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und GRÜNEN war an dieses Gesetz
30 gebunden. Doch insbesondere in den Sektoren Gebäude und Verkehr fehlen
31 ambitionierte Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen. Erst im März hat die
32 Bundesregierung Revision gegen ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-
33 Brandenburg eingelegt, das die Regierung wegen Verstoßes gegen das bisherige
34 Klimaschutzgesetz zu Nachbesserungen verurteilte.

35 Weil der Bundesverkehrsminister sich scheinbar nicht in der Lage dazu sieht,
36 Klimaschutz im Verkehrsbereich wirksam umzusetzen, wird seit Juni letzten Jahres

37 eine Novellierung des Klimaschutzgesetzes vorangetrieben. Mitte April gab es
38 eine Einigung, bei der die GRÜNEN in Regierungsverantwortung den Forderungen der
39 FDP und insbesondere von Verkehrsminister Volker Wissing nachgaben. Die scharfe
40 Trennung der Sektoren, die dazu führte, dass der zuständige Minister in
41 Verantwortung genommen wurde, entfällt. Stattdessen soll sektorübergreifend die
42 gesamte Regierung für die Einhaltung zuständig sein. Kurz gesagt: Die
43 Ministerien mit den größten Aufgaben im Klimaschutz stellen sich nicht ihrer
44 Verantwortung! .

45 Damit kommt Deutschland gerade im Mobilitäts- und Gebäudebereich in Sachen
46 Klimaschutz nicht angemessen voran , während fast zeitgleich der Europäische
47 Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz wegen mangelnden Klimaschutzes
48 verurteilt hat. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021
49 verpflichtet die Bundesregierung nach wie vor, die Grundrechte zukünftiger
50 Generationen durch effektiven Klimaschutz in der Gegenwart zu schützen. In einer
51 Zeit, in der dringend notwendige Investitionen durch ein Festhalten an der
52 Schuldenbremse zur vermeintlichen finanziellen Besserstellung zukünftiger
53 Generationen ausgebremst werden, sollte mit gleicher Energie an der Erhaltung
54 einer lebenswerten Erde gearbeitet werden.

55 **Verlässlichen Klimaschutz jetzt**

56 Die GRÜNEN in Regierungsbeteiligung müssen auch endlich auf effektive Maßnahmen,
57 insbesondere im Verkehrsbereich bestehen, damit die Einhaltung der Klimaziele in
58 diesem wichtigen Sektor nicht immer weiter verschoben wird. Die
59 Verkehrsminister*innen des Bundes und der Länder müssen sich voll und
60 verlässlich hinter nachhaltige Verkehrsmodelle stellen.

61 Auf Landesebene fordert BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt ein verbindliches,
62 ambitioniertes und kontrollierbares Klimaschutzgesetz. Nur so kann die
63 Landesregierung auch auf Landesebene dem Urteil des Bundesverfassungsgericht
64 gerecht werden und langfristig die Voraussetzungen für ein klimaneutrales Land
65 schaffen. Das Zögern und Zaudern der Landesregierung in Sachen Klimaschutz muss
66 ein Ende haben!

67 Damit positioniert sich der Landesverband kritisch gegen die Aufweichung des
68 Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt sehen
69 darin einen Rückschritt in der Klimapolitik, der das bisher Erreichte zu
70 überschatten droht. Die Abkehr von kontrollierbaren Verantwortungsbereichen ist
71 ein Fehler, darf aber erst Recht nicht zur Aufweichung der Klimaziele führen.
72 Hier hat die Bundesregierung eine politische und juristische Verpflichtung, der
73 sich kein Koalitionspartner entziehen darf.

Begründung

Mit dem neuen Gesetz soll der Blick zudem in die Zukunft gerichtet und weniger gerichtlicher Kontrolle unterzogen werden. Das ist für einen FDP-Verkehrsminister verständlich, der in der Vergangenheit wegen unzureichenden Klimaschutzes und Arbeitsverweigerung bei der Nachbesserung bereits verurteilt wurde. Dass sich Grüne an dieser Aufweichung von verbindlichem Klimaschutz beteiligen, ist nur schwer hinzunehmen.

Schon angesichts derzeitiger Widerstände in Teilen der Regierung, wirksame Maßnahmen zum Emissionsrückgang zu ergreifen, ist es beunruhigend, dass nun dieselben Sektoren noch größere Mengen aufgrund eines weniger kontrollierbaren Gesetzes umsetzen sollen. Es steht nicht zu erwarten, dass die betroffenen Sektoren in Zukunft die nötigen Emissionsreduktionen bewirken. Die Bundesregierung schiebt den Klimaschutz trotz der Veränderungsnot auf die lange Bank.

Der Landesverband sollte sich dem widersetzen und zum Erhalt der eigenen Glaubwürdigkeit und der Klimaziele auf stärkere Anstrengungen beim Klimaschutz auf Bundes- und Landesebene drängen.

Beschluss Dauerhafte Finanzierung des Deutschland-Tickets

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die dauerhafte Finanzierung des
2 Deutschland-Tickets ohne eine automatische Preisanpassung. Gleichzeitig gilt es
3 einen sozialen Tarif für das Deutschlandticket im Land zu entwickeln.

4
5 Im Rahmen der Finanzierung des Deutschlandtickets, getragen durch den Bund und
6 die Länder, hat Sachsen-Anhalt verlässlich seine Mitfinanzierung langfristig zu
7 gewährleisten. Sowohl der Bund als auch die Länder sollen sich auch über das
8 Jahr 2025 hinaus gleichermaßen an der Finanzierung des Deutschland-Tickets
9 beteiligen.

10
11 Hinsichtlich des Ticketpreises ist eine Preisstabilität zu garantieren.
12 Gleichzeitig ist das Deutschlandticket gezielt sozial weiterzuentwickeln mit
13 einem solidarischen Preis, der sich deutlich unterhalb des regulären Preises
14 bewegt. Dies bedeutet auch, dass das Ticket, es den Bürger*innen ermöglichen
15 soll, kostengünstig durch Deutschland zu reisen. Das Deutschlandticket ist
16 dementsprechend als Sozialticket auf aktuell 29 Euro zu orientieren.
17 Insbesondere für junge Menschen und für Menschen mit niedrigem Einkommen. So
18 gewährleisten wir, dass sich weiterhin jede*r das Ticket leisten kann.

19
20 Zusätzlich wollen wir, um als Land ein attraktiver Arbeitgeber zu sein und den
21 Nutzer*innenkreis des Deutschlandtickets auszubauen, allen Beschäftigten des
22 Landes, das Deutschlandticket als Jobticket anbieten.

23
24 Wir Grüne wollen eine nachhaltige und stabile Finanzierung für das
25 Deutschlandticket, ohne Preiserhöhungen, die es den Bürger:innen ermöglicht,
26 kostengünstig durch Deutschland zu reisen.

Begründung

Die Einführung des Deutschland-Tickets in Sachsen-Anhalt hat zu einem deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen geführt und zeigt die wichtige Rolle dieses Angebots für die Mobilität der Bevölkerung. Mit etwa 180.000 Abonent:innen, darunter zahlreiche Schüler:innen sowie Pendler:innen, erfreut sich das Deutschland-Ticket einer breiten Akzeptanz.¹

Eine automatische Preisanpassung würde das Ziel einer nachhaltigen und bezahlbaren Mobilität konterkarieren und könnte die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen beeinträchtigen. Daher ist es unerlässlich, dass die Finanzierung des Deutschland-Tickets ohne automatische Preiserhöhung erfolgt, um eine gerechte und nachhaltige Mobilität für alle zu gewährleisten.

Die Sicherstellung von Verlässlichkeit und Planungssicherheit über das Jahr 2025 hinaus ist wichtig, um das Vertrauen der Menschen in den öffentlichen Nahverkehr zu erhalten. Langfristig fördert die Bereitstellung eine stabile Grundlage, um mehr Menschen zu bewegen Bus und Bahn zu nutzen.

Für einkommensschwache Haushalte fördert das Deutschland Ticket die gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration. Durch die Bereitstellung wird der Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen Aktivitäten erleichtert und finanzielle Barrieren werden abgebaut. Eine Preiserhöhung würde sich jedoch nachteilig auswirken, da sich diese Menschen eine Verteuerung nicht leisten könnten.

¹<https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/infrastrukturministerium-deutschland-ticket-fuehrt-zu-erhoehungen-der-fahrgastzahlen-3757212>

S1 Änderung Geschäftsordnung Landesparteitag

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.03.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Der Landesparteitag beschließt:
- 2
- 3 Unter § 5 Nummer 5.4 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landesparteitags wird
- 4 folgender Satz eingefügt:
- 5
- 6 „Antrag auf Erweiterung der quotierten Redeliste um eine bestimmte Anzahl.“

Begründung

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass auch der Wunsch des Parteitags auf mehr Redebeiträge als durch die Sitzungsleitung vorgesehen, besteht.
Dies muss auch während des Parteitags mit einem Antrag beschließbar sein.

T1neu Änderung Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 26.03.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 - Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia
- 2 TOP 2 - Politische Reden und Aussprache
- 3 TOP 3 - Wahlen
- 4 TOP 4 - Anträge
- 5 TOP 5 - Termine und Verschiedenes